

## Einführung

Der folgende Beitrag zur friderizianischen Geschichte versteht sich nicht als eine biographische Studie, welche im Sinne eines Lebensweges, der Entwicklung einer Persönlichkeit, die wichtigsten Stationen der Regentschaft Friedrichs II. zu verfolgen sucht. Dies ist in jüngster Zeit mit größter Akribie geschehen und muss nicht wiederholt werden. Stattdessen wollen wir uns am Beispiel von Preußens bedeutendstem Monarchen mit dem historischen Bild beschäftigen, das man vornehmlich im 19. Jahrhundert von ihm entwarf, fast möchte man sagen, komponierte und formte, um seine Geschichte als publizistische Waffe im Kampf um die Stiftung einer deutschen Nation zu verwenden. Unseren Blick werden wir nur bis zum Jahre 1989 kreisen lassen, denn es ist derzeit nicht zu bestimmen, wie und mit welchen historischen Akzenten dieses für viele unerwartet erstandene Deutschland den Prozess der föderalen Nationsbildung längerfristig als ein – über den Augenblick hinaus – Identität stiftendes complexes Geschichtsbild konstruieren wird. Um ein Wort von Johann Gustav Droysen aufzugreifen: Es ist kaum vorherzusehen, welche Richtung »jener wüste Weltengang«, den wir Geschichte nennen, nehmen wird.

Solange deutsche Geschichte sich vor allem auf die des Hauses Hohenzollern und dessen machtpolitische Aktivitäten reduzierte, hatte Friedrich II. von Preußen im Zentrum des geschichtswissenschaftlichen Interesses seinen festen Platz. Neben Luther und Bismarck gehörte der Bewohner von Sanssouci zu den am besten untersuchten Repräsentanten deutscher Geschichte. Kaum ein Historiker von Rang unterließ es in den Jahren zwischen 1850 und 1945, sich irgendwann in welcher Form auch immer zu diesem Monarchen zu äußern. Deshalb eignet er sich auch hervorragend, um einen Blick auf Geschichtswissenschaft und Publizistik sowie einige ihrer wichtigsten Vertreter zu werfen, aber auch politische und mentale Befindlichkeiten im Bildungsbürgertum sichtbar zu machen.

In diesem Kontext werden wir uns mit einigen der zentralen Eigenschaften, die man Friedrich II. zuschrieb und die geradezu zu seinem unverwechselbaren Markenzeichen mutierten, und mit den politisch-sozialen Umständen ihrer Gense befassen müssen. Dariüber hinausgehend ergibt sich noch eine weitere, für die Wirkung der Friedrich-Bilder in die Gesellschaft hinein nicht unwesentliche Problemstellung: Inwieweit vermochten sich die Historiker bei ihren Entwürfen des friderizianischen Heldenlebens dem Mainstream der political correctness, wie sie vornehmlich im Preußen-Deutschland vor 1914 empfunden wurde, zu entziehen. Nicht erst das 20. Jahrhundert brachte einen Kanon von Themen hervor, bei deren wissenschaftlicher Bearbeitung oft unausgesprochen eine wie auch immer geartete geschichtspädagogische Verantwortung eine wesentliche Rolle spielen sollte.

Zur Erfassung des Friedrich-Bildes reicht es jedoch nicht aus, sich auf die Erzeugnisse der Historiker zu konzentrieren. Man muss über diesen Personenkreis hinausgehend vielmehr fragen, von welcher Seite und zu welchen Anlässen frühzeitig eine Propagierung des Friedrich-Bildes in dieser oder jener Weise ins Werk gesetzt wurde. Außerdem gilt es zu fixieren, welches dessen tragende Elemente waren und wie sich letztere zu einem Mythos – wie dies jüngst formuliert wurde – mit fundierender Funktion verdichten konnten. Eine solche Wirkung erzielte man unter anderem mittels Kontinuitätsvorstellungen, welche dazu dienten, Merkmale der friderizianischen Epoche in Form scheinbar gewachsener Selbstverständlichkeiten mit der eigenen Gegenwart zu verknüpfen. So war dafür gesorgt, dass auch in der Gegenwart erfolgreiche Strategien politischen Handelns sich auf Friedrichs II. Beispiel gründen konnten. Die zeitgenössische Publizistik und Kunst als wichtige Indikatoren und Plattformen für mythische Konstruktionen werden wir daher auch in unsere Betrachtungen einbeziehen.

In diesem Kontext kommt den schriftlichen Werken des um seinen Nachruhm besorgten Königs natürlich eine beachtliche Funktion zu. Friedrich wirkte auf Historiker, inspirierte Künstler und Publizisten auf eine besondere Weise dadurch, dass er ein stattliches Oeuvre hinterließ, das sein politisches Lebenswerk bereits kommentierte. So trug er maßgeblich dazu bei, den forschenden Blick auf seine Regentschaft von Beginn an zu kanalisiieren. Es war lange Zeit ein Unding, die innere Wahrhaftigkeit der schriftlichen Aussagen des hoch verehrten Königs auch nur im Mindesten in Zweifel zu ziehen. Daher glaubten sich viele seiner Historiographen mit der nahezu unkritischen Übernahme seiner Aussagen auf der sicheren Seite der Erkenntnis.

# 1.

## Ein Kampf um Deutungshoheit: Nationale Identität im Spannungsfeld von preußischem Staatsverständnis und territorialem Erbe

### Neues Kaiserreich und territoriales Vermächtnis

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert lassen sich erste Tendenzen ausmachen, die bewusst auf eine Angleichung bzw. Einebnung der Unterschiede in Fragen von Geschichte und Kultur innerhalb des Deutschen Reiches abzielten. In diesem Kontext kommt der Gestalt Friedrichs II. als dem herausragenden Symbol des alten Preußen natürlich ein besonderes Gewicht zu. Seine Person eignete sich bestens als Projektionsfläche tagespolitischer Begehrlichkeiten. Mit Friedrich als historischem Argument wurde offensiv für das Modell des preußisch-deutschen Obrigkeitstaates gestritten. Die Etablierung einer nationalen Staatsgesinnung sollte der Stabilisierung des politischen Systems dienen. Es zeigte nämlich von Beginn an tiefe Risse in der machtstaatlichen Fassade. Dies war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass die Reichsgründung eine einseitige Schöpfung der preußischen Staatsmacht gewesen war.

Ihr politischer Dirigent und Baumeister, Otto von Bismarck, war dazu im Inneren zwar eine Interessengemeinschaft mit der Nationalbewegung eingegangen, aber diese konnte nur Teile der Bevölkerung der deutschen Territorien hinter sich vereinigen. Diese Beurteilung gewinnt insbesondere dann an Gewicht, wenn wir die Einwohnerschaft des Kaiserreichs als eine Nation betrachten, die sich über ein noch lockeres Gefüge gleicher politischer Werte als eine Bekenntnis- und Willensgemeinschaft empfand. Auf der Ebene des Reiches gab es nach 1871 keine politischen Kräfte, welche in partikularistischer Absicht dem Reich als Verfassungsordnung entgegenarbeiteten. Letztere wurde rasch als einzige politische Lebensform auf einer gesamtstaatlichen Ebene akzeptiert. Aber eine solche Einsicht zeugte nicht zwangsläufig von besonderer Hingabe oder Anhänglichkeit für dieses von der preußischen Militärmacht erzwungene Gebilde. Überdies konnte man auf der Grundlage eines lebendigen territorialen Selbstbewusstseins das neue Reich als politische Zweckgemeinschaft begrüßen, ohne dessen politische Vormacht Preußen, deren Herrschaftsstil und Traditionen zu bejahen.

Für die meisten Vertreter der Nationalbewegung galt allerdings, dass sie trotz mancher inhaltlicher Differenzen in der Vorgehensweise und in den Ambitionen der preußischen Monarchie ihre politischen Erwartungen erfüllt sahen. Allein Preußen konnte bei ihnen die Begeisterung für einen starken Staat wecken, und nur dieses Land bot eine realistische Aussicht auf machtvolle Geltung in

Europa und in der Welt. Eine solche Bewusstseinshaltung war sowohl unter den konservativen als auch den liberalen Kräften verbreitet gewesen. Auch die ökonomisch aufsteigenden Schichten im Großbürgertum werden unter diesen Voraussetzungen die Vorteile des neuen Reichs für sich erkannt haben.

Nichts anderes galt für die Wissenschaft. Ihre Angehörigen glaubten zu großen Teilen, dass sich nationaler und geistig-intellektueller Fortschritt, wenn auch nicht im militärischen Gleichschritt, so doch in enger Verbundenheit entwickelten. Preußen verkörperte für sie die Moderne, deshalb kam dessen Universitäten und ihren Vertretern bei der Verbreitung nationaler Grundpositionen eine zentrale Funktion zu. Eine für den Außenstehenden oft undurchsichtige Berufungspolitik und ein diskret gehandhabtes Gutachterwesen sorgten für die erforderlichen Weichenstellungen in einer reichsdeutschen Wissenschaftslandschaft, die nur vordergründig politikfern geprägt war. Ausdruck einer schleichen Nationalisierung des Wissenschaftslebens war die führende Rolle, welche man der Berliner Universität und der dortigen Akademie zudachte.

So betrachtet, gibt es gewichtige Argumente, welche dafür sprechen, dass sich in den vier Jahrzehnten vor 1914 ein reichisches Nationalgefühl etablierte und eine nationale Gesellschaft sich zu formieren begann. Neben der Armee und der Bürokratie des Reiches als den sozial und national assimilierenden Kräften, denen sich am ehesten eine Möglichkeit eröffnete, in diesem Sinn auch auf breite Bevölkerungsschichten zuzugreifen, stand eine Reihe von gesellschaftlich exklusiven Gruppen vornehmlich in der Wissenschaft. Diese setzten sich ebenfalls für die Propagierung eines nationalen Staatsgedankens mit preußischen Wurzeln ein. Dennoch sind Zweifel an dieser Sichtweise insofern angebracht, als dessen integrierende Wirksamkeit davon abhing, ob und inwieweit die von diesen Kräften geweckte Nationalgesinnung in der Konkurrenz mit anderen Bewusstsein prägenden Faktoren zu bestehen und alle sonstigen entgegen gesetzten Faktoren zu verdrängen vermochte. Das kollektive Gedächtnis kannte noch andere Identität stiftende Kontexte. Die Bewusstseinslage vieler Einwohner war schließlich auch geprägt durch die territoriale Herkunft, lokale Bindungen und dynastische Traditionen, die sich über Jahrhunderte aufgebaut und in dem individuellen Schicksal vieler Familien ihrerseits Spuren hinterlassen hatten.

Vieles von dem, was der reichische Nationalstaat preußischer Herkunft seinen Bewohnern als Orientierungspunkt für Lebensinhalt und Wertebegriffe sowie politisches Handeln offerierte, deckten auch die dynastischen Staatsbildungen der übrigen deutschen Fürstenhäuser ab. Kein geringerer als Otto von Bismarck war sich dieses Zusammenhangs bewusst gewesen. Er griff ein Kernproblem nationaler Staatsbildung in dem Kapitel »Dynastien und Stämme« seines Werkes »Gedanken und Erinnerungen« auf. Dabei stand ihm vor Augen, dass im Deutschen Reich der Dynastie bei der Ausbildung von Identität eine Leitfunktion zukam. Bei ihr allein lag »der Schlüssel zur deutschen Politik«, lautete seine klare Botschaft.

»Deutscher Patriotismus bedarf in der Regel, um thätig und wirksam zu werden, der Vermittlung dynastischer Anhänglichkeit«, schrieb er. Dagegen schätzte er auf Grund seiner politischen Erfahrungen – was ebenfalls leicht nachzuvollziehen ist – die Rolle der Parlamente, der Publizistik und der Barrikade gering ein.

Auf Grund seiner politischen Überzeugung gelangte er zu einem Schluss, der in unserem Zusammenhang, der politisch motivierten Stiftung von Erinnerung, höchst belangvoll ist: Bedingt durch die unübersichtliche Konstellation von dynastischen und aktuellen Befindlichkeiten lauerten im neuen Reich auch zentrifugale Kräfte. »Die Dynastien bildeten überall den Punkt, um den der deutsche Trieb nach Sonderung in engern Verbänden seine Krystalle ansetzte.« Als eine ständige Aufgabe der politischen Spitze des Deutschen Reiches sah er es deshalb an, solchen Tendenzen wirkungsvoll entgegenzutreten: »So weit aber die dynastischen Interessen uns mit neuer Zersplitterung und Ohnmacht der Nation bedrohn sollten, müßten sie auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden.«

Gewiss hatte seit 1871 eine breite Welle nationalstaatlicher Begeisterung vor allem die Gebiete nördlich des Mains überspült. Aber diese Begeisterung konnte sich an sehr unterschiedlichen Widerständen brechen. Im Inneren waren mit der machtpolitischen Einigung nicht sämtliche Bedenken gegen den hohenzollernschen Obrigkeitstaat und dessen politische und gesellschaftliche Traditionen verstummt, die dieser sowohl in die neupreußischen Gebiete als auch in die übrigen mehr oder minder zwangsverpflichteten Bundesstaaten hinein zu tragen suchte. Zweifel an der Geschlossenheit des noch jungen Nationalstaates wurden immer wieder laut. Es mangelte daher nicht an einer breiten Palette von Maßnahmen, die vom hohenzollernschen Herrscherhaus und der administrativen Zentralgewalt des Reiches ergriffen wurden, um das hohe Ziel einer Stärkung der Zustimmung zu Kaiser und Reich zu verwirklichen.

In jüngerer Zeit wurde der Erfolg dieser Anstrengungen in Bezug auf die Bewusstseinslage der Bevölkerung von der historischen Forschung vergleichsweise hoch veranschlagt. Die Koordinaten des kollektiven Gedächtnisses wären damals neu bestimmt worden. Das Alte Reich und seine Strukturen seien, so lautet das Fazit, in Vergessenheit geraten. Die Rolle der Habsburger und der anderen Dynastien als eine politische Kraft in Deutschland sei gänzlich in den Hintergrund getreten und mit dem Kaisertum in älterer Zeit sei allein das mittelalterliche Herrschertum verbunden worden. Folgt man dieser Argumentationslinie, dann wäre es schon damals zu einer Neugestaltung der historischen Fundamente des kollektiven Selbstbildes der Deutschen gekommen.

Allein die fundamentalen Bedenken eines Otto von Bismarck gegenüber den anderen Dynastien des Reiches lassen erste Zweifel an dieser Interpretation aufkommen. Denn er dürfte um die möglichen Schwächen seiner Staatsbildung besser als jeder andere gewusst haben. Wie stand es also nach 1871 um den politischen Symbolwert der übrigen Dynastien, ihrer Fähigkeit, politisch integrierend auf ihre Untertanen zu wirken? Dies ist eine Frage, die sich bisher kaum zufriedenstellend beantworten lässt. Gleichwohl sollte man sie im Auge behalten, um zu verstehen, warum man von preußischer Seite dem friderizianischen Königtum so viel Aufmerksamkeit schenkte. Wir müssen uns dabei jedoch oftmals mit allgemeinen Beobachtungen von Historikern des 19. Jahrhunderts zur mentalen Verfassung von Universität und Bevölkerung begnügen.

Die durch die Reichsgründung angestoßene Veränderung historischer Sichtweisen zeigte sich vor allem in der Ausrichtung der Schulbücher und großer Teile der akademischen Forschung, die sich bereits zuvor als Vorreiter einer Re-

vision und Neuorientierung des Geschichtsbildes erwiesen hatten. Über solche geschichtspädagogischen Anstrengungen, die für den wissenschaftlichen Laien damals kaum oder nicht leicht zu durchschauen waren, sollte man jedoch nicht völlig unbedacht lassen, dass die prallen Inszenierungen nationaler Hohenzollernherrschaft mit ihrem machtstaatlichen Anstrich erhebliche Teile der Bevölkerung nicht zwangsläufig in der Tiefe ihrer Empfindungen erreichen mussten. Man wird sich fragen müssen, ob solches unter den Bedingungen damaliger Kommunikation und Wissensvermittlung ausreichte, um binnen weniger Jahrzehnte bis in die fernen Provinzen ein neues kulturelles Einverständnis unter den Deutschen zu erzwingen.

In zahllosen Kriegervereinen, die sich im Glanz der Siege des deutsch-französischen Krieges sonnten, in Wirtschaftsvereinigungen, die den massiven ökonomischen Verlockungen der neuen Zeit erlagen und große Hoffnungen auf eine weltweite Expansion hegten, hatte das neue Reich selbstverständlich starke Befürworter. So wurde schon 1873 ein »Deutscher Kriegerbund« gegründet, dem sich alsbald zahlreiche Vereine aus den einzelnen Bundesstaaten anschlossen. Allerdings bereitete es bis in die 1880er Jahre Mühe, allein die norddeutschen Vereine zu einen. Sachsen und Hessen weigerten sich, dem neu formierten »Reichkriegerverband« beizutreten. Die um 1900 in mehr als 17000 Vereinen mit über 1,4 Millionen Mitgliedern zusammengeschlossenen ehemaligen Soldaten, die fast ausschließlich den unteren sozialen Gruppen angehörten, waren sich in der Treue zu Kaiser und Reich und der Distanz zur Sozialdemokratie gewiss überwiegend einig, aber die von ihnen betriebene Pflege patriotischer Gesinnung war nicht ohne Konservierung territorialstaatlicher Traditionen denkbar. Man trat schließlich weiterhin in ein bayerisches oder in ein sächsisches Regiment ein. Allein die Marine gehörte dem Reich, nicht einem Einzelausland. Dorthin zog es daher so manchen Verächter des Hohenzollerntums aus den jüngst eroberten preußischen Provinzen. Die kaiserliche Monarchie und deren Landarmee ruhten auf den einzelstaatlichen Fundamenten, deren jeweiliger Kern nur dynastisch empfunden und gedacht werden konnte.

In ihren Territorien hatten die einzelnen Bundesfürsten und ihre Ahnen über die Jahrhunderte ein erhebliches Potential an dynastischen Zeichen mit hohem Symbolwert aufgebaut. Dies bildete eine prächtige, Erinnerung stiftende Kulisse für fürstliche Familienfeiern und allerlei Gedenktage. Sie stand in einer stillen Konkurrenz mit der lauten Bilderwelt des neuen Reiches. Vor allem in den großen und kleinen Residenzstädten vermochte sich niemand dem würdigen Glanz tradierter dynastischer Repräsentation zu entziehen. Auch über das platte Land verteilt zeugten seit alters Jagd- und Lustschlösser, Verwaltungsgebäude, Kasernen und andere öffentliche Bauten von dem erlauchten Herrscherhaus und seinen Verdiensten um das Vaterland. Darüber hinaus gab es noch eine Vielzahl von hochadeligen Standesherren, welche nach dem Untergang des Alten Reiches zwar ihre einstige politische Selbständigkeit aufgegeben hatten, aber in ihren ehemaligen Herrschaftsgebieten als eine wirtschaftlich und kulturell prägende Kraft lebendig blieben.

Die Stiftung von Nationaldenkmälern und die Abhaltung nationaler Feiern, ferner eine von nationaler Staatsgesinnung erfüllte beamtete Intelligenz im Nor-

den sowie das Hochgefühl über den frischen militärischen Ruhm bedeuteten gewiss einen mächtigen Schub für eine wirksame symbolische Vergegenwärtigung von Kaiser und Reich in der Gesamtbevölkerung, so dass die einzelstaatliche »repraesentatio maiestatis« unter Druck geraten konnte. Aber auch hier lohnt sich ein Blick auf die näheren Umstände, um deren potentielle Wirkkraft abzuschätzen. Während die 1842 eingeweihte Walhalla nahe Regensburg noch die Nation in Gestalt großer Deutscher ehrte – unter denen sich allerdings keiner der Reformatoren befand – ohne sich in der Frage einer politischen Ordnung der Deutschen festzulegen –, besaßen die weit über 300 im späten 19. Jahrhundert entstandenen Denkmäler Kaiser Wilhelms I. eine politisch klar umrissene Botschaft.

Diese Werke unterschiedlicher künstlerischer Güte und Größe priesen sowohl die Monarchie als zeitgemäße Regierungsform als auch die unter Führung der Hohenzollern national fundierte Gemeinschaft. Aufmerksamen Zeitgenossen dürfte jedoch nicht verborgen geblieben sein, dass sie keinesfalls räumlich gleichmäßig über das neue Reich und dessen Städte verteilt waren. Über die Hälfte von ihnen befanden sich in den preußischen Ostprovinzen mit ihren Klein- und Mittelstädten, während ihre Zahl in den dicht besiedelten, städtischen westlichen Landschaften mit ihrem beträchtlichen Anteil an Katholiken nur knapp 70 erreichte. In den 1866 von Preußen besetzten Gebieten erblickte man gerade einmal 26 dieser Denkmäler. Etwa 40 weitere Statuen wurden im preußenfernen Süden erbaut, überwiegend im protestantischen Südwesten, sowie eine ähnlich hohe Zahl in den ebenfalls lutherischen Territorien Mitteldeutschlands.

Diese oft an prominenter Stelle platzierten Zeichen boten keine sichere Gewähr dafür, dass der von ihnen verbreitete politische Anspruch als einzig anerkannte Wirklichkeit wahrgenommen wurde. Die kleinen Welten abseits der Großstädte – und diese repräsentierten weiterhin einen nicht unwesentlichen Teil der Bevölkerung im Reich – mit ihren überkommenen lokalen historischen Denkweisen wurden dadurch in ihrer Existenz kaum in Frage gestellt. Natürlich wirkten diese Denkmäler durch ihre gleichförmige inhaltliche Ausrichtung gesamtstaatlich integrerend, aber es bleibt mit Blick auf ihre zeitgenössische Wahrnehmung kritisch anzumerken, dass sich einzelstaatlich und zentralstaatlich organisierter monarchischer Kult eher durch gemeinsame Schnittmengen als durch ihre Trennschärfe auszeichneten. Dafür spricht schon die allen Aktivitäten gemeinsame dynastische Wurzel. Ferner die Tatsache, dass in dieser Epoche die auf lokaler, regionaler und territorialer Basis in großer Zahl entstandenen Geschichtsvereine allenthalben eine rege Sammlungs- und reiche Publikationstätigkeit entfalteten und damit der regionalen Traditionspflege und Sinnstiftung auf breiter gesellschaftlicher Basis eine neue Qualität verliehen. Im Rheinland etwa erfuhren diese Vereine in den 1880er und 90er Jahren einen starken Zuspruch. Ohne das äußere Gehäuse der Nation in Frage zu stellen, formierte oder konservierte sich auf dieser Ebene oft ein mentaler Vorbehalt gegenüber dem neuen Reich preußischer Prägung.

Es ist fraglich, ob historische Sinnstiftungen, die in stillen Gelehrtenstuben ersonnen und von Universitätskathedern aus verbreitet wurden, auch dort binnen

einer Generation greifen konnten, wo sie mit dem gewachsenen Heimatgefühl der Menschen nur mäßig kompatibel waren. Dieses war im 19. Jahrhundert noch eng mit dem dichten Geflecht aus Wohnort, Dialekt, Brauchtum und überlieferten Normen verbunden. Durch die Spiegelung des jeweiligen gesellschaftlichen Umfeldes schuf die Heimat wichtige Voraussetzungen, um Identität mit all ihren seelischen Befindlichkeiten auszubilden. Daraus erwuchsen soziale und kulturelle Bindungen von großer Festigkeit, so dass vermutlich nur ein heftiger politischer Systemwechsel solche Beziehungsgefüge zu erschüttern vermöcht hätte.

Das leise und sektorale angelegte Hiniübergleiten der Einzelstaaten durch politische Vorgaben in das lockere Korsett des preußisch-deutschen Kaiserreiches beispielsweise markierte kaum einen solchen Wendepunkt mit tief sitzenden mentalen Konsequenzen. Friedrich Meinecke überliefert uns in seinen 1944 niedergeschriebenen Erinnerungen einen hübschen Beleg aus seiner sozial gewiss eng umgrenzten Lebenswelt für die Gegenwärtigkeit des Partikularismus im neuen Reich. Als er sich 1905 nach Karlsruhe begab, um über seinen Wechsel von der Reichsuniversität Straßburg an die Freiburger Universität zu verhandeln, wurde ihm schlagartig bewusst, dass dort ein gänzlich anderer politisch-administrativer Lebenszuschnitt herrschte als in dem von der Reichsgewalt bestimmten Elsaß-Lothringen. Von der nicht nur klimatisch wärmeren Luft des Südens fühlte er sich derart angezogen, dass der an ihn 1914 ergangene Ruf nach Berlin unter die Fahnen des »ersten Garderegimentes Wissenschaft« keine Begeisterung auslöste.

In Baden musste jeder neu berufene höhere Beamte um eine Audienz beim Monarchen nachsuchen, was Meinecke im Frühjahr 1906 auch mit Freude tat. »Aber das war ja gar keine richtige Monarchie, unter der wir hier lebten, sondern ein patriarchalisch Landesfürstentum, das freundlich und ermunternd zu allem Guten inmitten eines Gemeinwesens saß.« Unter solchen Vorzeichen verloren sämtliche Anstrengungen, einen unitarischen Nationalstaat zu errichten, in bürgerlich konservativen Kreisen leicht an Attraktivität und Durchschlagskraft. Wenn überhaupt, dann verdiente allein die Industrialisierung überall dort, wo sie in Gestalt einer durchgreifenden Urbanisierung und Proletarisierung ältere Gesellschaftsstrukturen verdrängt hatte, die Charakteristik als eines tief greifenden Umbruches.

Auch für das 19. Jahrhundert gilt wie für die ältere Zeit mit ihren auf territorialer Basis gewachsenen Differenzen, dass Einheit und Vielfalt im historischen Verständnis ungeordnet und ungeschieden nebeneinander existieren konnten. Die mit der Nation verbundenen kollektiven Selbstbilder, die etwa mit dem siegreichen Krieg gegen Dänemark und Frankreich, dem Aufbau der Flotte oder dem Erwerb von Kolonien verbunden waren, besaßen keinen ideellen Ausschließlichkeitscharakter. Überdies hatte der Bruderkrieg von 1866 nicht nur Sieger unter den Deutschen zurückgelassen. Geht man einmal von Bevölkerungszahlen der Jahrhundertmitte aus, dann hatten den 12,5 Millionen Preußen allein in Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden und den beiden Hessen zusammen circa 13,5 Millionen Deutsche ohne engere Bindungen an den Thron der Hohenzollern gegenüber gestanden. Dazu kamen ferner circa

4 Millionen Einwohner der norddeutschen und thüringischen Kleinstaaten. Gewiss hatten sich auch die demographischen Gewichte gegen das Jahrhundertende zu Gunsten von Preußen verschoben, aber die anderen blieben eine äußerst starke Minderheit.

Es war vielen Menschen, vor allem außerhalb der Großstädte, ohne weiteres möglich, die durch das neue Reich geschaffene Einheit der Deutschen und deren politische Konsequenzen zu begrüßen, ohne ihre alltägliche Verwurzelung in preußenfernen Milieus aufzugeben. Überdies stellte es damals wie heute selbst für den Geschichtskundigen eine intellektuelle Herausforderung der besonderen Art dar, Reich und Territorien in ihrer wechselseitigen Verschränkung als jeweils eigene historische Faktoren angemessen zu gewichten.

Diese gedankliche Aufgabe vergrößerte sich noch, sobald Personen oder Ereignisse wegen ihrer Spezifität den historischen Betrachter zur Parteinaahme ermunterten oder gar herausforderten. Bei einem Thema wie Friedrich II. von Preußen musste es, sobald dieses noch dazu eine nationale Komponente hinzugewann, zu höchst gegensätzlichen Reaktionen in Bewertungsfragen kommen. Die ideellen Dimensionen und die interpretatorischen Reibungsflächen dieses Konfliktes verdeutlicht eine Aussage von Max Duncker, eines führenden Protagonisten Preußens, aus dem Jahre 1849: Der brandenburgisch-preußische Staat »war in seinen Ursprüngen gebaut auf nordischen Ernst und Arbeitsamkeit, auf die ausdauernde und tapfere Art des niederdeutschen Stammes, auf die Strenge der soldatischen Disziplin, auf die sittliche Zucht und Ehrbarkeit, auf die konkrete protestantische Moral ... Friedrich der Große fügte zu diesen Grundlagen die Aufklärung und die Bildung.«

Es liegt auf der Hand, dass eine solche Beschreibung der politischen Grundlagen unter den Deutschen von der Nord- und Ostsee bis an die Alpen kaum auf ungeteilte Zustimmung stoßen konnte. In Dunckers Ausspruch scheinen sämtliche innerdeutschen Konfliktlinien auf. Der überwiegende Teil der Deutschen hatte an dieser Vergangenheit und ihren landschaftlichen Wesensmerkmalen keinen Anteil. Der Kampf um die Deutungshoheit über Gegenwart und Vergangenheit sowie ihre zeichenhaften Repräsentanten musste in dem Maße an Bedeutsamkeit und Schärfe zunehmen, wie sich dieses neue Reich als ein auf militärischen Siegen und schierer Machtpolitik aufgebautes politisches System interpretierte und sich über das nicht-altpreußische Deutschland ausdehnte. In diesem Zusammenhang ließ sich Friedrich der Große als ein bedeutungsschweres Erinnerungszeichen vor allem dann verwenden, wenn man diejenigen Geschichtsbilder, die dieser Deutung entgegenstanden, verdrängte oder gar tilgte.

So führte Heinrich von Sybel, einer der führenden Herolde der kleindeutschen Lösung, in seiner berühmten Streitschrift zur mittelalterlichen Geschichte »Die deutsche Nation und das Kaiserreich« von 1862 gedankenschwer über den Preußenkönig folgendes aus: »Ein Volk, welches den kleinen preußischen Staat durch Sparsamkeit, Fleiß und eifrigen Willen eine der österreichischen gewachsene Macht herausbilden, welches dann die Glorie Friedrich des Großen über Europa emporleuchten und Norddeutschland unter seiner Führung gegen eine Welt in Waffen unbesiegbar wie niemals früher sah, ein solches Volk müßte eine lebendige Anschauung von dem Werthe des Staates, des geschlossenen, organisierten, populären Staates erhalten.« Unter dem werbenden

Druck solcher Deutungsmuster konnte, aus preußisch-zentralistischer Perspektive betrachtet, ein um den Ruhm seines fürstlichen Hauses ringender Herrscher wie der Hohenzoller Friedrich II. in die schillernde Rolle einer nationalen Ikone hineinwachsen.

Die stille Sehnsucht vieler nach einer nationalen Verortung und gleichzeitig der latente Wunsch nach einer regionalen Selbstvergewisserung standen sich bei der Wahrnehmung und Deutung solcher Kontexte häufig gegenseitig im Wege. Dies wurde im Zusammenhang der Ausrichtung der Erinnerungskultur bereits zu Kaisers Zeiten ansatzweise erkannt. Der in wilhelminischer Zeit mit aller Kraft entfachte Hohenzollernkult war ein fulminanter Versuch, Gemeinsamkeit unter den Reichsdeutschen zu stiften. Überdies stand die Person des Kaisers bei vielen in einem von demokratischen Instabilitäten geprägten politischen Leben für Stetigkeit und Sicherheit.

Dies ist vor allem von den borussischen Universitätshistorikern, die im Laufe ihrer Karriere die unterschiedlichen Landschaften und Einzelstaaten des Reiches, deren Bewohnerschaft und Geschichte zur Kenntnis nehmen mussten, auch deutlich so empfunden worden und daher regelmäßig in ihre Arbeiten als eine bestimmende Motivation eingeflossen. Sie verstanden sich als eine zur gesellschaftlichen Meinungsführerschaft bestimmte Elite und ihnen war stärker als der Mehrzahl ihrer Zeitgenossen bewusst, dass im neuen Reich von 1871 keinesfalls die Gesamtheit der Staatsbewohner dieselben Auffassungen in Fragen der kulturellen und historischen Orientierung teilten. Daher kämpften sie mit Friedrich dem Großen als politischem Argument für ein Modell preußisch-nationaler Selbstvergewisserung.

Sehr anschaulich und plakativ kommen diese allenthalben zu greifenden Mentalitäten, die uns in der Regel kaum mehr präsent sind, die aber bei der Frage nach den Hintergründen der Friedrich-Rezeption und dem Wandel des Friedrich-Bildes von größtem Belang waren, in den gegen Ende des Zweiten Weltkrieges niedergeschriebenen Erinnerungen des baltendeutschen Historikers Johannes von Haller zum Ausdruck. Von einem ersten längeren Aufenthalt in Süddeutschland 1891 nahm er einige für unsere Fragestellung aufschlussreiche Eindrücke mit. Sie lassen die räumliche Differenzierung im Geschichtsdenken der Deutschen schlaglichtartig erkennen.

»War mir in Augsburg ein Licht aufgegangen über deutsche Größe auch in Zeiten, die man als solche der Schwäche und des Zerfalls anzusehen pflegt, so wurde mir in der bayrischen Hauptstadt klar, wie viel in der deutschen Geschichte und für die deutsche Gegenwart der Gegensatz zwischen Nord und Süd, Protestantisch und Katholisch bedeutet. Was ich in der Schule, in unserem ganz auf die norddeutsch-protestantische Tonart gestimmen Unterricht als größtes Unheil zu beklagen gelernt hatte, das sah ich hier verherrlicht ... Die deutsche Geschichte der letzten dreieinhalb Jahrhunderte erhielt ein umgekehrtes Vorzeichen, sie schien gleichsam auf den Kopf gestellt zu sein.«

Solche auf eine Polarisierung verweisenden Prägungen werden aus süddeutscher Perspektive für das späte 19. Jahrhundert durch einige punktuelle Stimmungsbilder in den um 1934 niedergeschriebenen Erinnerungen des bekannten Archäologen Ludwig Curtius facettenreich beleuchtet. In seiner aus der zeit-

lichen und politischen Distanz abgefassten Darstellung gewinnt vor allem der bis in den Alltag reichende Bezug derartiger Geschichtsbilder an Lebenswirklichkeit. Curtius entstammte einer wohlhabenden katholischen Familie, die in der Gegend von Augsburg und im Allgäu beheimatet war.

Auf den Stationen seines langen Bildungsweges zum Hochschullehrer wurde er mit kontroversen historischen Anschauungen innerhalb des neuen Reiches konfrontiert. Im Elternhaus spürte er die leidvollen, mit den Ereignissen von 1866 und 1870 verknüpften Empfindungen einer im Kern habsburgisch orientierten Familie. Als Schüler erlebte Curtius unter seinen Kameraden und Lehrern die teilweise von Hass getragene antipreußische Stimmung seiner Heimat. Als Student in Berlin zeigte er sich von dem alten Treitschke als Hochschullehrer beeindruckt. Zuvor hatte er sich bereits voll Begeisterung dem neuen Reich Bismarcks zugewandt. Mit den kaiserlichen Trauerfeiern des Jahres 1888 und mit einem Besuch des ehemaligen Reichskanzlers in Augsburg 1892 war Curtius' Haltung in dieser Frage nämlich umgeschlagen. In seiner Heimatstadt war der alte Kanzler von einer jubelnden Menschenmenge empfangen worden. Dies hatte seine Wirkung auch auf den jungen Curtius nicht verfehlt.

Über der Kindheit von Curtius hatten allerdings noch andere Sterne ihr gedankenschweres Licht erstrahlen lassen. »Da in den Wirtsstuben von Hindelang und Umgebung zwar überall die Bilder der Wittelsbacher, nirgends aber die der Hohenzollern hingen, dagegen im benachbarten Tirol der Kaiser Franz Joseph und die schöne Kaiserin Elisabeth, ja, in alten Stichen noch Franz II. und Maria Theresia zu sehen waren, so glaubte ich als Kind, auch wir Bayern gehörten zu Österreich. Langsam räumten die jährlichen Sedanfeiern in Hindelang und die Belehrungen durch die Mutter mit diesem Irrtum auf. Ringsum reiste man gerne nach Wien und erzählte davon. Niemand reiste gerne nach Berlin, und von der Reise, die der Vater nach Norddeutschland gemacht hatte, erzählte er gar nichts.« Deutlicher als in dieser knappen Charakteristik ließ sich die mentale Distanz zwischen dem Süden und dem Norden im Kaiserreich kaum beschreiben. Es hatte im neuen Reich viele Hindelangs gegeben, und nicht jeder zeigte sich von den nach 1873 am Tag des Sieges bei Sedan über die französische Armee veranstalteten Feierlichkeiten angezogen.

Aber auch in nördlich des Mains gelegenen Regionen existierten deutliche Vorbehalte gegenüber Preußen, die allzu leicht übersehen werden. Um ein weiteres, besonders schlagendes Beispiel herausgreifen: Der 1862 geborene Friedrich Meinecke, der noch an der Gründung der Freien Universität in Westberlin als Professor beteiligt war, gehörte in seiner Jugend, wie er von sich selbst berichtete, in die »norddeutsch, protestantische, bürgerliche und dem preußischen Staatsdienste gewidmete Welt«. Nach dem Studium war er 1887 auf einem mecklenburgischen Gut als Hauslehrer tätig gewesen. Dort musste er erfahren, dass der landsässige Adel das Reichsoberhaupt, Wilhelm I., anlässlich seines 90. Geburtstages allein in seiner Rolle als deutschen Kaiser ehrte und feierte. Mit dem preußischen König wollte man dagegen nichts zu tun haben. Auf einem Herrendiner erklärte man ihm, »daß man in Mecklenburg das Wort Friedrichs des Großen, man müsse Mecklenburg ausklopfen wie einen Mehlsack, nie vergessen habe«.

Im Preußenbild, zu dessen wichtigsten Facetten Friedrich II. zählte, sollten sich geschichtliche Erkenntnis und politische Gesinnung zu einem vertrackten Deutungsmuster vermengen. In diesem verschwammen die Konturen zwischen einem protestantischen Norddeutschland und dem Königreich Preußen. Deshalb gilt es heute, politische Hoffnungen, historische Konstruktionen und gestiftete Traditionen sowie konfessionelle Vorurteile sorgfältig auseinander zu halten, denn sie gingen häufig Hand in Hand. Der Kampf um das geschichtliche Erbe und dessen Interpretation wurde mit so viel Leidenschaft ausgetragen, weil allenthalben auch im neuen Reich unversöhnliche Erinnerungen aufeinander stießen.

## »Nord– und Süddeutsch« als Ausdruck einer politischen und mentalen Polarisierung

Um die Entstehung dieser verschlungenen Zusammenhänge besser nachvollziehen zu können, ist es unverzichtbar, auf die Jahrzehnte zurückzublicken, in denen die friderizianische Politik ungeachtet ihrer europäischen Komponente vornehmlich die »innerdeutschen« Belange berührte. Damals wurden die gedanklichen Weichen für das Friedrich-Bild des 19. Jahrhunderts gestellt. Mit dem Siebenjährigen Krieg hatte sich zwar nicht das dynastische Grundgefüge des Alten Reiches verändert, aber dieser von deutschen Fürstenhäusern um des reinen Machterhaltes willen geführte Bruderkrieg besaß in den Augen einer zumeist unwissenden politikfernen Bevölkerung in Stadt und Land eine andere, für das geistige Klima kommender Generationen folgenreiche Dimension.

Unter bürgerlichen Intellektuellen protestantischer Prägung verstärkte dieser dynastische Konflikt die Vorstellung, dass sich in Gestalt des Kaisers und des Preußenkönigs zwei konfessionell orientierte Blöcke gegenüberstanden. »Nord–« und »Süddeutsch« waren anfangs die vorherrschenden Begriffe, um diese Lager politisch exakt und geographisch unscharf zu beschreiben. Auf der einen Seite standen das Haus Habsburg und seine Anhänger, die überwiegend katholisch, im Süden, Westen und Nordwesten des Reiches beheimatet waren, und auf der anderen Seite die Hohenzollern mit ihrer protestantischen Klientel norddeutscher und thüringischer Kleinstaaten.

Im protestantischen Norden des Alten Reiches blieb im Rahmen dieser Denkweisen auch nach 1786 stets der mächtige Schatten Friedrichs II. präsent. Kein anderer Monarch des Reiches hatte es besser als er verstanden, seine politische Propaganda in eine breitere, nichtadelige Schichten umfassende Öffentlichkeit zu tragen. Ursprünglich war sie vornehmlich literarisch orientiert gewesen, aber allmählich kam auch eine antihöfische Komponente hinzu. Diese zahlenmäßig vergleichsweise kleine Öffentlichkeit umfasste vor allem Teile des gebildeten Stadtbürgertums und der unteren Ränge der fürstlichen Amtsträgerschaft sowie die sozialen Spitzen der Handwerker und des Großbauerntums. Keine andere Persönlichkeit dieser Epoche eignete sich besser als Friedrich, um